

2609/AB XXI.GP
Eingelangt am: 23.08.2001
BM für Justiz

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Hannes Jarolim Genossinnen und Genossen haben an mich eine schriftliche Anfrage betreffend "Aussage Ing. Peter Westenthaler gegenüber Dr. Roland Adrowitzer" gerichtet.

Ich beantworte diese Anfrage wie folgt:

Zu 1:

Eine Verletzung der Strafbestimmung des Datenschutzgesetzes durch die angesprochene Äußerung des Ing. Peter Westenthaler, den Dienstvertrag eines ORF - Redakteurs veröffentlichen zu wollen, kommt schon deshalb nicht in Betracht, weil durch das bloße Ankündigen einer Veröffentlichung das Delikt nach § 51 Datenschutzgesetz nicht verwirklicht werden kann.

Zu 2:

Ausgehend von der Annahme, dass sich der Dienstvertrag des in der Anfrage bezeichneten Redakteurs im Rahmen des im Arbeitsleben Üblichen bewegt, kann in der Ankündigung, diesen zu veröffentlichen, eine Verletzung an der Ehre oder am Vermögen nicht erblickt werden. Die Tatbestände der gefährlichen Drohung oder der versuchten Nötigung sind daher schon in objektiver Hinsicht nicht erfüllt.

Zu 3:

Inwieweit das Recht auf freie Meinungsäußerung durch eine Ankündigung, einen Dienstvertrag zu veröffentlichen verletzt sein soll, kann ich nicht nachvollziehen.

Zu 4 bis 6:

Der Sachverhalt wurde von der Staatsanwaltschaft Wien bereits aus Anlass der parlamentarischen Anfrage mit dem zutreffenden Ergebnis geprüft, dass kein strafrechtlich relevantes Verhalten nach dem Datenschutzgesetz oder dem Strafgesetzbuch vorliegt.